

Öffentliche Stellenausschreibung Für Beschäftigte des Landes Schleswig-Holstein und externe Bewerberinnen und Bewerber

Im **Ministerium für Justiz und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein (MJG)** ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

**einer Referentin bzw. eines Referenten (m/w/d)
für Gesundheitspolitik bei der
Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund in Berlin
für den Geschäftsbereich des MJG**

auf Dauer in Vollzeit oder Teilzeit zu besetzen.

Über uns

Der ausgeschriebene Arbeitsplatz wird im Rahmen einer Abordnung in der Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund mit Sitz in Berlin wahrgenommen. Die Landesvertretung ist ein organisatorischer Teil der schleswig-holsteinischen Staatskanzlei. Zentrale Aufgabe der Landesvertretung ist es, die schleswig-holsteinischen Interessen im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland zu vertreten. Darüber hinaus präsentiert die Landesvertretung in der Hauptstadt das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben des Landes Schleswig-Holstein.

Ihre Aufgaben

- Sie vertreten das MJG im Gesundheitsausschuss des Bundesrates und dessen Unterausschuss und begleiten die Sitzungen von der inhaltlichen Vorbereitung über die politische Abstimmung bis zur Nachbereitung. In diesem Zusammenhang koordinieren Sie Länderpositionen im Vorfeld und begleiten den landesinternen Abstimmungsprozess;
- Sie verfolgen gesundheitspolitische Vorhaben auf Bundesebene: Sie nehmen an Ausschusssitzungen und Anhörungen des Bundestages, an Sitzungen der Enquete-Kommission sowie an Fachgesprächen von Bundesregierung, Fraktionen und Verbänden teil und halten die Hausleitung mit zeitnahen Berichten und Vermerken auf dem Laufenden;
- Sie pflegen das politische Netzwerk des Landes in Berlin durch Kontakte zu Bundestagsabgeordneten sowie zu Verbänden, Gewerkschaften, Parteien und Stiftungen und bringen gesundheitspolitische Grundsatzfragen ressortübergreifend zur Abstimmung;
- Für die Hausleitungen erarbeiten Sie Pressehintergrundpapiere und politische Papiere für Bundesrats-Kabinettsvorlagen. Im engen Austausch mit der Koordinierungsstelle und den Fachreferaten des MJG behalten Sie bundespolitische Entwicklungen in den verschiedenen Themenfeldern der Gesundheitspolitik im Blick;

- Sie wirken an der Planung und Durchführung gesundheitspolitischer Fachveranstaltungen der Landesvertretung mit, begleiten die Hausspitze des MJG fachlich bei Themen in Berlin und unterstützen die Vorbereitung der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) von der Themensetzung bis zur Bewertung von Initiativen anderer Länder;
- **Der Dienst- bzw. Arbeitsort ist Berlin.**

Das bringen Sie mit

Voraussetzungen für die ausgeschriebene Stelle sind:

- die Laufbahnbefähigung der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt der Fachrichtung Allgemeine Dienste oder ein mit einem Mastergrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes Hochschulstudium, das für die Laufbahn der Fachrichtung Allgemeine Dienste befähigt (Rechts-, Wirtschafts-, Politik-, Sozial- und Verwaltungswissenschaften; bei Rechtswissenschaften mit zwei Staatsexamina, jeweils mindestens mit der Note „befriedigend“ abgeschlossen oder einem Staatsexamen mit der Note „befriedigend“ sowie eine mindestens zweijährige einschlägige Berufserfahrung und dadurch erlangte besondere Fachexpertise im Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und anderen beteiligten Dritten),
- eine mindestens dreijährige Berufserfahrung in der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt oder in einer der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt vergleichbaren Tätigkeit, davon mindestens zwei Jahre in einer Ministerialverwaltung oder in einer mindestens zweijährigen Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. wissenschaftlicher Mitarbeiter bei einer bzw. einem Bundestags- oder Landtagsabgeordneten.

Darüber hinaus bestehen zur Besetzung der Stelle folgende Anforderungen:

- Sie verfügen über sehr gute Kenntnisse der Gesetzgebungsprozesse in Bund und Land sowie im Besonderen hinsichtlich der Mitwirkung der Länder bei der Bundesgesetzgebung und in Angelegenheiten der EU durch den Bundesrat.
- Sie verfügen über Fachkenntnisse in den Bereichen der Gesundheitspolitik.
- Sie besitzen Erfahrungen in der ressortübergreifenden Abstimmung politischer Grundsatzangelegenheiten.
- Sie verfügen über eine analytische Denkweise und handeln lösungsorientiert. Dabei sind Sie insbesondere in der Lage, komplexe Informationen zu durchdringen und sie auf das Wesentliche zu reduzieren.
- Die Übernahme von Verantwortung ist für Sie selbstverständlich.

Zudem wäre wünschenswert:

- Sie verfügen über ein besonderes Maß an Zuverlässigkeit und Loyalität.

- Sie haben Freude an der interdisziplinären Arbeit, bleiben auch in komplexen Situationen gelassen und sind zeitlich flexibel.
- Sie sind innovativ und bringen neue Ideen und Denkansätze ein.

Wir bieten Ihnen

Bei Vorliegen der beamtenrechtlichen und stellenmäßigen Voraussetzungen kann eine Besoldung bis zur Besoldungsgruppe A 15 SHBesO erreicht werden. Bei einer Tätigkeit im Beschäftigtenverhältnis ist bei Vorliegen der tariflichen und persönlichen Voraussetzungen eine Eingruppierung bis zur Entgeltgruppe 15 TV-L möglich.

Darüber hinaus bieten wir:

- ein vielfältiges und gemeinwohlorientiertes Aufgabenspektrum,
- ein kollegiales Arbeitsklima,
- die Möglichkeit, innerhalb Ihres Aufgabenbereichs eigenverantwortlich zu agieren,
- ein vielseitiges Angebot in- und externer Fortbildungen sowie eine individuelle Personalentwicklung,
- ergänzende Altersvorsorge für Tarifbeschäftigte (VBL),
- eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Möglichkeit mobil und flexibel zu arbeiten,
- ein vielseitiges betriebliches Gesundheitsmanagement und Fahrrad-Leasing,
- ein Firmenfitnessangebot des Landes über die Firma Hansefit GmbH,
- aufgrund der zentralen Lage der Landesvertretung eine gute Anbindung an den ÖPNV sowie
- sowie ein vergünstigtes Firmenticket für die Nutzung des ÖPNV.

Wir freuen uns auf Sie!

Die Landesregierung setzt sich für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung ein und prüft, ob freie Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen, insbesondere mit bei der Agentur für Arbeit arbeitslos oder arbeitssuchend gemeldeten schwerbehinderten Menschen, besetzt werden können. Personen mit einer Schwerbehinderung und ihnen Gleichgestellte werden bei gleichwertiger Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Wir möchten die Vielfalt der Biographien und Kompetenzen in der Landesverwaltung fördern. Deshalb begrüßen wir Bewerbungen, unabhängig von Nationalität, ethnischer und sozialer Herkunft, Religion und Weltanschauung, Alter sowie sexueller Identität.

Ausdrücklich begrüßen wir es, wenn sich Menschen mit Migrationshintergrund bei uns bewerben, gleiches gilt für Menschen mit Kenntnissen in niederdeutscher, friesischer oder dänischer Sprache.

Wir streben in allen Beschäftigtengruppen eine chancengleiche Beteiligung von Frauen an. Daher werden Frauen im Falle einer Unterrepräsentation bei gleichwertiger Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vorrangig berücksichtigt.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Förderung der Teilzeitbeschäftigung liegen im besonderen Interesse der Landesregierung. Deshalb werden an Teilzeit interessierte Bewerberinnen und Bewerber besonders angesprochen.

Jetzt bewerben!

Ihre aussagekräftige Bewerbung mit den üblichen Unterlagen (mindestens Lebenslauf, Schul-, Ausbildungs-, Arbeitszeugnisse, ggf. Schwerbehindertenausweis oder Gleichstellungsbescheid), bei Bewerbungen aus der öffentlichen Verwaltung mit einer aktuellen Beurteilung und ggf. einer Einverständniserklärung zur Einsichtnahme in die Personalakte, richten Sie bitte **unter Angabe des Stichwortes II 109-42/2026** bis zum

4. August 2026

an das Ministerium für Justiz und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein, II 10/Vertraulich, Lorentzendam 35, 24103 Kiel gerne in elektronischer Form an das Postfach bewerbung@jumi.landsh.de. Bei Bewerbungen in Papierform bitten wir um Übersendung von Kopien, da die Bewerbungsunterlagen nicht zurückgesandt werden.

Auf die Vorlage von Lichtbildern/Bewerbungsfotos verzichten wir ausdrücklich und bitten daher, hiervon abzusehen.

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Durchführung des Bewerbungsverfahrens auf der Grundlage des § 85 Absatz 1 des Landesbeamtengesetzes und § 15 Absatz 1 des Landesdatenschutzgesetzes verarbeitet. Weitere Informationen können Sie unseren [Datenschutzbestimmungen](#) entnehmen.

Für personalrechtliche Fragen sowie Fragen zum Verfahren steht Ihnen Frau Eulitz (Tel. 0431 988-3748) gern zur Verfügung. Bei fachlichen Fragen zum Anforderungsprofil und den damit verbundenen Aufgaben wenden Sie sich bitte an Herrn Simon Locherer (Simon.Locherer@lv.landsh.de oder Telefon 030 746847-234).

Antworten auf häufig gestellte Fragen finden Sie [hier](#).